



Matthias Riemenschneider ist Koordinator für Religion und Werteorientierung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

ZUR SITUATION DER CHRISTEN IN NAHOST UND NORDAFRIKA

Matthias Riemenschneider

In Nahost und Nordafrika haben neben dem Christentum auch die beiden anderen großen Schrifreligionen Judentum und Islam ihre Anfänge genommen. Trotz gemeinsamer historischer Wurzeln wächst jedoch seit einigen Jahren der Druck auf Christen in der Region. Die christliche Gemeinde, obgleich in der wechselvollen Geschichte des Orients mit ihrer Minderheitensituation vertraut, verliert zunehmend die Zuversicht, dass ihr in Zukunft eine ungefährdete Existenz gewährleistet werden kann.

Die zunehmende Islamisierung bestimmter Gruppen in der Arabischen Welt, in der gesellschaftliche und ökonomische Spannungen durch einen religiösen Narrativ eine zusätzlich konfliktverschärfende Dimension erhalten, erschwert vielen Christen das Leben. Als eine Minderheit unter Muslimen sind sie mitunter sozialen Benachteiligungen ausgesetzt, die in Einzelfällen zu gezielten terroristischen Anschlägen eskalieren können.¹ Nicht nur den Irak, in dem die Lage der Christen gegenwärtig sicher am bedrohlichsten ist, verlassen viele Christen, um in anderen Ländern bessere Lebensbedingungen zu finden.² Der katholisch-koptische Patriarch

- 1 | Die länderspezifischen Informationen in diesem Artikel basieren auf Informationen, die von Thomas Birringer (Abu Dhabi), Léa Collet (Amman), Felix Dane (Ramallah), Lars Hänzel (Jerusalem), Andreas Jacobs (Kairo) and Thomas Schiller (Rabat) zusammengetragen wurden. Diese Berichte wurden Anfang bis Mitte Februar 2011 zusammengestellt. Die politischen Umbrüche, die gegenwärtig die Region erfasst haben, konnten in der Darstellung noch nicht angemessen berücksichtigt werden. Auch ließ sich bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe in keiner Weise absehen, welche Auswirkungen die politischen Veränderungen auf die Situation der Christen haben.
- 2 | Zur Lage der Christen im Irak zum Beispiel vgl. Oliver Ernst, „Eine Stimme für die irakischen Christen. Der chaldäische Abgeordnete Bender berichtete über die Lage der Christen ▶

von Alexandria, Bischof Antonius Naguib, wies im Oktober 2010 vor der Sondersynode der Bischöfe für den Nahen Osten im Vatikan darauf hin, dass noch vor einem Jahrhundert der Anteil der Christen an der Bevölkerung des Nahen Ostens bei ca. 20 Prozent gelegen habe. Heute liege er bei knapp fünf Prozent, mit abnehmender Tendenz.³

Dennoch ist es sicher nicht angemessen, pauschal von einer Verfolgungssituation der Christen zu sprechen. Die Lage in den einzelnen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ist zu unterschiedlich und bedarf einer genaueren Darstellung.

VERBREITUNG CHRISTLICHER GEMEINDEN

In den Staaten des Maghreb (Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien) gibt es heute keine traditionelle christliche Bevölkerung mehr, obwohl das Erbe des Kirchenvaters Augustin in der kulturellen Tradition mit der Region sehr verbunden ist. In diesen Ländern sind Christen gegenwärtig vornehmlich Ausländer, also Arbeitsmigranten, Flüchtlinge aus Schwarzafrika oder wenige Europäer, die nach dem Ende der Kolonialzeit im Lande blieben. Der Anteil der Christen an der Bevölkerung beträgt etwa ein Prozent.

Christen im Maghreb sind gegenwärtig vornehmlich Ausländer, also Arbeitsmigranten, Flüchtlinge aus Schwarzafrika oder wenige Europäer. Ihr Anteil an der Bevölkerung beträgt etwa ein Prozent.

Auch in den Staaten auf der Arabischen Halbinsel, die sich im Golf-Kooperationsrat zusammengefunden haben (Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrain, Kuwait und Saudi-Arabien, der Jemen ist assoziiertes Mitglied), leben keine einheimischen traditionell christlichen Gemeinden. Eine Ausnahme bilden Bahrain und Kuwait, die jeweils eine sehr kleine einheimische Christengemeinde haben. Aus historischen Gründen ist unter den in diesen Ländern lebenden Christen die anglikanische Kirche relativ stark.

im Irak“, in: <http://kas.de/wf/de/33.22565> [26.04.2011].

Im April 2011 beschrieb der irakische Parlamentsabgeordnete und chaldäische Christ Luis Caro Bender sehr deutlich die schwierige Situation der Christen in seinem Land. Auch bei den jetzt noch im Land verbliebenen Christen wächst die Bereitschaft zur Emigration.

3 | Deepa Babington, „Arab Christians face political Islam threat-official says“, *Reuters*, 11.10.2010, in: <http://af.reuters.com/article/worldNews/idAFTRE69A4AO20101011> [04.05.2011].

In Abu Dhabi und in Kuwait existiert jeweils eine römisch-katholische Diözese. Die meisten Christen sind Arbeitsmigranten ohne Staatsbürgerschaft. Wegen der teils rasanten Entwicklung verändern sich auch die Anteile der Christen schnell. Im Jemen und in Oman beträgt der Bevölkerungsanteil der Christen ca. ein Prozent,

Im Irak reicht die christliche Tradition bis ins zweite Jahrhundert zurück. Die Assyrische Kirche des Ostens beruft sich in ihrer Tradition auf den Apostel Thomas.

in Katar, Bahrain und Saudi-Arabien dürfte er mindestens zehn Prozent betragen und in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait noch deutlich darüber liegen.

Im Irak, dem biblischen Zweistromland, reicht die christliche Tradition bis ins zweite Jahrhundert n. Chr. zurück. Die Assyrische Kirche des Ostens beruft sich in ihrer Tradition auf den Apostel Thomas. Bis heute ist in dieser Kirche das Aramäische, der von Jesus gesprochene hebräische Dialekt, die gängige Umgangs- und Kirchensprache. Im 16. und 17. Jahrhundert nahmen einige assyrische Bischöfe der bis dahin von der Kirche des Westens getrennten Kirche das römische Glaubensbekenntnis an. In der dadurch ausgelösten Kirchenspaltung entstand die mit Rom unierte chaldäisch-katholische Kirche, der bis heute ca. Zweidrittel der irakischen Christen angehören. Eine dritte große Gruppe bilden die armenischen Christen, die nach 1917 infolge der türkischen Vertreibung in das Land eingewandert sind.

In nennenswerter Zahl konnten andere christliche Denominationen⁴ im Irak nicht Fuß fassen. Dies hat vor allem historische Gründe. „Neben vielen politischen Faktoren waren es aber westliche, US-amerikanische Missionare, die im 19. Jahrhundert der ‚Apostolischen Kirche des Ostens‘ immensen Schaden zugefügt haben. Mit dem Ziel, Muslime zu missionieren – was misslang – wurden die örtlichen Traditionskirchen untergraben und geschwächt.“⁵ Bei der

4 | Mit Denomination werden die christlichen Glaubensgemeinschaften bezeichnet, die in den unterschiedlichen kirchlichen Traditionen der Orthodoxen und der Orientalischen Kirche und der Westkirchlichen Tradition sowie und den aus ihnen hervorgegangenen Konfessionen entstanden sind.

5 | Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (Hg.), Pfarrer Thomas Pietro Peral, „Vergesst nicht für uns zu beten. Besuch einer ökumenischen Delegation bei den Christen im Nord-Irak“, München, Januar 2011. Weiter schreibt er: „Und da ist es eine bittere und beklagenswerte Erkenntnis, wenn im Gefolge des Irakkrieges 2003 wieder US-amerikanische Fundamentalisten ihre Bibeltruppen im Schatten der US-Armee aussenden. ▶

letzten Volkszählung 1987 wurden im Irak 1,4 Millionen Christen registriert, etwa vier Prozent der Bevölkerung. Gegenwärtig wird die Zahl der im Land verbliebenen Christen auf rund 400.000 geschätzt.

Auch in Syrien existiert eine lange christliche Tradition.⁶ Der Bevölkerungsanteil der Christen beträgt etwa zehn Prozent, ist wegen einer niedrigeren Geburtenrate und einer Neigung zur Emigration aber rückläufig. Die größte christliche Gruppe im Land bilden die orthodoxen Denominationen, die dem griechisch-orthodoxen Patriarchat von Antiochia und des ganzen Ostens unterstehen. Eine zweite große christliche Gruppe bilden die mit Rom unierten katholischen Kirchen. Erst durch die Missionsbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert entstanden auch kleine protestantische Gemeinden. In der Folge des zweiten Irakkrieges haben viele irakische Christen in Syrien Schutz gesucht.

Im Libanon konnte sich auch über die Zeit des Osmanischen Reiches eine christliche Mehrheit behaupten. Bei der Gründung der Republik Libanon im Jahr 1926 bildeten Christen mit 84 Prozent Bevölkerungsanteil die Mehrheit. Die letzte Volkszählung im Jahr 1931 ergab immer noch einen Anteil von 51 Prozent Christen an der Bevölkerung. Aus politischen Gründen wurde seitdem keine Volkszählung mehr durchgeführt, weil besonders von christlicher Seite befürchtet wird, dass die Feststellung der tatsächlichen Proportionen zwischen den Religionen und Konfessionen auch zu einer Verschiebung der sensibel austarierten Machtbalance zwischen den Bevölkerungsgruppen führen könnte. Während des libanesischen Bürgerkrieges haben besonders Christen das Land verlassen. Gegenwärtig wird ihr Anteil an der Bevölkerung

Bei der Gründung des Libanon 1926 bildeten Christen mit 84 Prozent Bevölkerungsanteil die Mehrheit. Gegenwärtig wird ihr Anteil auf etwa 39 Prozent geschätzt.

Dies ist im Irak massiv der Fall und bestärkt die fatale und falsche Gleichsetzung von Christentum und Westen bei den Muslimen. Kein angestammter Christ im Irak hat diese Missionare bestellt, niemand will Christentum und westliche Kultur gleichsetzen. Faktisch wird aber genau das versucht, zum Schaden der Gläubigen im Land.“ Der Autor ist Kirchenrat für Ökumene und Weltverantwortung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und leitete im Juni 2010 die Reise einer ökumenischen Delegation in den Irak.

6 | Vgl. Martin Beck und Léa Collet, „Über die Politik Syriens und die Lage seiner christlichen Minderheit“, in: *KAS Auslandsinformationen* 12/2010, 76-92.

auf etwa 39 Prozent geschätzt, gegenüber ca. 27 Prozent sunnitischen und schiitischen Muslimen.⁷ Die Mehrheit der Christen im Libanon bilden die Maronitisch-Syrische Kirche von Antiochien (ca. 21 Prozent), eine mit Rom unierte katholische Kirche und die syrisch-orthodoxe Kirche (ca. acht Prozent). Die griechisch-katholische Kirche und die Drusen stellen ca. fünf Prozent der Bevölkerung des Libanon.

Das Gebiet des heutigen Jordanien wird in vielen biblischen Erzählungen erwähnt, so z.B. als Ostjordanland oder als das Gebiet der Samaritaner. Ost-Jerusalem stand bis zur Eroberung durch Israel im Sechstagekrieg 1967 unter

jordanischer Verwaltung. Heute zählen ca.

Die evangelikalen Gemeinden in Jordanien werden mehrheitlich wegen ihrer missionarischen Ausrichtung als Störfaktoren im Dialog zwischen Muslimen und Christen wahrgenommen.

sechs Prozent der Bevölkerung zur christlichen Minderheit, die vorwiegend den unterschiedlichen orthodoxen Kirchen angehören. Ebenfalls bestehen kleine römisch-katholische und protestantische Gemeinden. Die

inzwischen auch existierenden evangelikalen Gemeinden werden mehrheitlich wegen ihrer missionarischen Ausrichtung als Störfaktoren im Land wahrgenommen, die den guten Dialog zwischen Muslimen und Christen gefährden. Zusätzlich leben in Jordanien eine große Zahl von christlichen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen aus dem Irak.

Auch zur Geschichte Ägyptens gehört eine lange christliche Tradition. Der heilige Antonius begründete als Eremit das christliche Mönchtum. Trotz der muslimischen Eroberungen ab dem 7. Jahrhundert stellte die christliche Bevölkerung wohl bis ins 15. Jahrhundert hinein eine Mehrheit. Die koptisch-orthodoxe Kirche, zu der 90 Prozent aller christlichen Ägypter gehören, ist die größte christliche Minderheit in allen muslimisch geprägten arabischen Ländern.⁸ Bis heute ist diese Kirche von einer sehr lebendigen Tradition geprägt. Die Kirchen sind voll, es werden den behördlichen Beschränkungen zum Trotz überall im Land neue Kirchen und Klöster gebaut und sogar das Mönchtum erlebt einen Boom.

7 | Vgl. *CIA World Factbook*, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/le.html> [12.05.2011].

8 | Vgl. zu diesen Angaben Andreas Jacobs, „Unter muslimischer Führung – Zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Ägyptischen Christen“, in: *KAS Auslandsinformationen* 12/2010, 20 ff.

Auch viele muslimische Ägypter sind stolz auf die lange christliche Tradition ihres Landes. Einen Einbruch im Verhältnis der Religionen bedeutete allerdings der Militärputsch im Jahr 1952. Christen wurden mit den ehemaligen Kolonialherren in Verbindung gebracht und standen unter Verdacht, die fünfte Kolonne des verhassten Westens zu sein. In der Folge wurden Christen zunehmend aus führenden öffentlichen Positionen verdrängt.

Viele muslimische Ägypter sind stolz auf die lange christliche Tradition ihres Landes. Einen Einbruch im Verhältnis der Religionen bedeutete allerdings der Militärputsch im Jahr 1952.

Der von Christen mitbegründete arabische Nationalismus betonte ursprünglich die religiöse Neutralität. Die darin inbegriffene Gleichheit der Religionen wurde zuerst durch eine politische Abgrenzung und dann durch eine religiöse Abgrenzung abgelöst. Präsident Anwar El Saddat erklärte sich zum Präsidenten eines muslimischen Volkes. In der Folge nahmen Ressentiments gegen die christliche Bevölkerung zu und es entstanden zunehmend parallele Gesellschaften, in die sich sowohl Muslime als auch Christen zurückzogen.

In Israel und den Palästinensischen Gebieten liegen die Orte und Landschaften, die in den biblischen Erzählungen sowohl der jüdischen als auch der christlichen Tradition eine besondere Rolle spielen. Zugleich liegen in diesem Landstrich auch Orte, die nach der islamischen Tradition Stätten der Offenbarung sind, wie Hebron (Grab des Erzvaters Abraham) oder Jerusalem, an dem die Himmelfahrt des Propheten Mohammed geschah. Nach dem Ende des Zweiten Jüdischen Krieges im Jahre 1948 verließ ein Teil der jüdischen Bevölkerung das Land. Das Christentum konnte sich durch eine starke Missionierung unter der nichtjüdischen Bevölkerung, der so genannten Heidenmission, stark ausbreiten und schließlich nach der Erhebung zur Staatsreligion durch Konstantin auch die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die Eroberung durch die Araber, die nach dem Zerfall des Römischen Reiches politisch die Herrschaft übernahmen, änderte daran zunächst einmal wenig. Judentum und Christentum wurden von den Machthabern als Offenbarungsreligionen anerkannt und ihre Anhänger standen als „Leute des Buches“ unter einem eingeschränkten staatlichen Schutz. Juden wie Christen hatten eine besondere Steuer zu zahlen. Erst in der Folge

der verschiedenen Kreuzzüge vom 11. bis zum 13. Jahrhundert veränderte sich das Verhältnis der Religionen. Die jüdische Bevölkerung war durch die blutigen Pogrome der Kreuzritter ermordet oder weitgehend vertrieben worden. Die militärische Niederlage der Kreuzritter bedeutete für die christliche Bevölkerung einen erheblichen Bedeutungsverlust und die Hinwendung eines größeren Bevölkerungsteiles zum islamischen Glauben.

In Israel gleichen die christlichen Glaubensrichtungen einem Mikrokosmos der christlichen Welt. Praktisch alle Denominationen sind hier vertreten.

Die heute in Israel und den Palästinensischen Gebieten lebenden Christen sind vorwiegend Araber. In Israel beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung ca. zwei Prozent, in den Palästinensischen Gebieten etwa 1,4 Prozent. Sie gehören mehrheitlich der griechisch-orthodoxen Kirche an.⁹ In Israel gleichen die christlichen Glaubensrichtungen einem Mikrokosmos der christlichen Welt. Praktisch alle christlichen Denominationen sind hier vertreten.

RELIGION IM ALLTAGSLEBEN UND DIE RECHTLICHE STELLUNG DER CHRISTEN

Im Maghreb hat heute außer dem Islam keine andere Religion im Alltagsleben eine Bedeutung, auch wenn es in der Kultur noch historische Reminiszenzen gibt, die auf vergangene Einflüsse aus der jüdischen oder christlichen Religion hinweisen. So lässt sich ein Teil der traditionellen marokkanischen Küche auf jüdische Speisegebote zurückführen. Einen offiziell institutionalisierten interreligiösen Dialog gibt es nicht. Alle Religionsgemeinschaften müssen sich registrieren lassen. Nur die katholische Kirche hat es geschafft, eine kirchliche Hierarchie mit einem abgesicherten Rechtsstatus in Tunesien zu installieren. Neben der pastoralen Arbeit – vorwiegend mit Ausländern und Arbeitsmigranten – sind die Kirchen in diesen Ländern in sozialen Projekten, besonders in der Flüchtlingsarbeit und der diakonischen Arbeit aktiv.¹⁰

9 | Vgl. Lars Hänsel, „Christen in Israel – Komplexe Identität zwischen Religion und Nation“, in: *KAS Auslandsinformationen* 12/2010, 36 ff.; Felix Dane und Jörg Knocha, „Rolle und Einfluss der Christen in den Palästinensischen Gebieten“, in: *KAS Auslandsinformationen* 12/2010, 56 ff.

10 | Für die sachdienlichen Informationen zum Maghreb bedanken sich Autor und Redaktion ganz nachdrücklich bei Pater Hans Vöcking, Köln.

In Algerien, Marokko und Tunesien ist der Islam laut Verfassung Staatsreligion. Da es in Libyen keine gültige Verfassung gibt, ist der Status der Religionen hier offiziell nicht festgelegt. In Algerien kommt das „Verbrechen“ der Apostasie im Strafgesetzbuch nicht vor.¹¹ Allerdings hat das Parlament im Jahr 2006 ein Gesetz über „Bedingungen und Regeln für die Ausübung von nicht muslimischen Gottesdiensten“ beschlossen, das für alle Kirchen im Lande eine Erschwerung ihrer Arbeit bedeutete. In erster Linie zielte dieses Gesetz aber auf evangelikale und pfingstlerische Prediger ab, die unter der Berberbevölkerung in Algerien (und Marokko) sehr aktiv waren und eine Reihe von Bekehrungen zum Christentum aufweisen können, ohne freilich auf den Aufbau einer Gemeindestruktur im herkömmlichen Sinne Wert zu legen.¹²

In Marokko können nur Muslime und Juden die volle Staatsbürgerschaft erlangen. Christen wird die Glaubensfreiheit gewährt, ihre Religion zu praktizieren. Nach dem Verständnis des marokkanischen Staates beinhaltet die Religionsfreiheit aber nicht das Recht für Muslime, die Religion zu wechseln.

Die im Golf-Kooperationsrat zusammengesetzten Staaten garantieren religiöse Freiheit nur eingeschränkt und in Übereinstimmung mit den tradierten tribalen Bräuchen, in Saudi-Arabien gar existiert ausdrücklich keine Religionsfreiheit. Im alltäglichen Leben bestehen auch anderswo diverse Beschränkungen. Nicht-Muslimen ist es oft verwehrt, für das Parlament zu kandidieren (eine Ausnahme ist Bahrain, wo dies bislang möglich war). Ebenso dürfen muslimische Frauen keinen nicht-muslimischen Mann heiraten.

Nicht-Muslimen ist es oft verwehrt, für das Parlament zu kandidieren. Ebenso dürfen muslimische Frauen keinen nicht-muslimischen Mann heiraten.

11 | Der Ausdruck Apostasie bezeichnet die Abwendung von einer Religion durch einen förmlichen Akt (beispielsweise Kirchenaustritt oder Übertritt zu einem anderen Bekenntnis oder zu einer anderen Religion). Während der Koran keine diesseitige Strafe für den Abfall vom Islam vorschreibt, soll der Prophet gewissen Überlieferungen zufolge das Gebot zu einer solchen Strafe geäußert haben. Nach klassischem islamischen Recht wird öffentlich verkündeter Abfall vom Islam mit dem Tode bestraft, wenn die Aufforderung zur Rückkehr (istitāba) in den Islam nicht befolgt wird.

12 | Hinweis von Pater Vöcking, Fn. 10.

Christliche Gemeinschaften können ihren Glauben in den kleineren Golf-Staaten und Oman jedoch ungehindert ausüben, privat oder innerhalb eines Kirchengeländes. Vielfach wird ihnen dafür von den Herrschern ein Grundstück oder Gebäudekomplex zur Verfügung gestellt. Kirchtürme oder nach außen hin sichtbare Kreuze sind jedoch unüblich. In allen diesen Staaten müssen sich christliche Gemeinden registrieren lassen. Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Arabischen Emirate, in denen nur der Herrscher des jeweiligen Emirates der Gemeinde einen offiziellen Status verleihen kann, und Saudi-Arabien, wo Christengemeinden komplett verboten sind.

In den meisten Staaten des Golf-Kooperationsrates ist die einheimische Bevölkerung eine Minderheit. Die Mehrheit bilden Arbeitsmigranten, die schwerpunktmäßig in muslimischen Ländern angeworben werden. Diese ausländischen Muslime besetzen häufig die höheren öffentlichen und wirtschaftlichen Funktionen. Dies gilt zwar auch für die vielen westlichen, meist christlichen Ausländer. Doch im Hinblick auf die zahlenmäßig bedeutsamen Herkunftsländer christlicher Arbeitsmigranten am Golf ist das Christentum eher eine „Dienstmädchenreligion“.

Formal ist im Jemen unter Präsident Saleh die Religionsfreiheit garantiert worden. Die Regierung muss alle Andachtsorte genehmigen, einschließlich der muslimischen. Allerdings sind auch christliche Gottesdienste im privaten Rahmen ohne Einschränkungen möglich, ebenso wie das Tragen christlicher Symbole. Nicht-Muslime dürfen nicht für das Parlament kandidieren, können aber Mitglied einer jemenitischen Partei werden. Eine Ausnahme bildet die islamistische Islah-Partei. Zum Verständnis der Situation ist es wichtig, zwischen Ausländern, die vergleichsweise frei ihre Religion ausüben können, und Einheimischen, die zum Christentum konvertiert sind, zu unterscheiden. Auf Konversion steht in fast allen Golf-Staaten die Todesstrafe.

Zwischen Ausländern, die relativ frei ihre Religion ausüben können, und Einheimischen, die zum Christentum konvertiert sind, ist zu unterscheiden. Auf Konversion steht in fast allen Golf-Staaten die Todesstrafe.

Der Bau einer römisch-katholischen Kirche in Sanaa befindet sich zurzeit in Planung, auf eine Baufreigabe seitens der jemenitischen Regierung wird noch gewartet. Das alte Gebäude der katholischen Kirche in Aden (Süd-

Jemen) wurde unter der kommunistischen Regierung der ehemaligen Volksrepublik Jemen konfisziert. Im Anschluss an die Vereinigung Nord- und Südjemens 1990 sollte die katholische Kirche das Grundstück entweder zurück-erhalten oder entschädigt werden. Im Austausch bat die Kirche jedoch um ein neues Grundstück in Sanaa. Bislang gibt es Kirchen trotzdem vorwiegend im ehemals kommunistischen Süden des Landes, im stärker islamisch geprägten Norden kaum. Der Jemen unterhält keine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan.

Im Oman sind christliche Gemeinden vorwiegend in den städtischen Zentren verbreitet. Im Jahr 2006 sandte die omanische Regierung einen Rundbrief an die nicht muslimischen religiösen Führer mit der Zusicherung, das individuelle Recht der freien Religionsausübung nach ihren Werten und Gebräuchen zu respektieren. Wie für die islamischen Gemeinden auch, gilt für die christlichen Gottesdienste, dass sie nur in den ihnen zugewiesenen und registrierten Orten erlaubt sind. Ebenso muss der Bau von Gotteshäusern von der Regierung genehmigt werden.

Religiöse Schriften sind vor dem Import bei der Regierung anzumelden, eine christliche Missionierung ist aber ausdrücklich untersagt. Der interreligiöse Dialog wird von der Regierung sehr gefördert. Sultan Qabos

Die offene Haltung des Sultans von Oman, der in den vergangenen Jahren sein Land langsam und stetig modernisierte, wird nicht von der ganzen Bevölkerung geteilt.

stiftete an der University of Cambridge eine Professur für Religionswissenschaft. Des Weiteren finanziert die Regierung Foren, die die unterschiedlichen Strömungen im Islam untersuchen. Die offene Haltung des Sultans, der in den vergangenen Jahren sein Land langsam und stetig modernisierte, wird aber nicht von der ganzen Bevölkerung geteilt.

Kirchliche Vertreter in den Vereinigten Arabischen Emiraten loben die Toleranz in dieser Gesellschaft. Christen werden im öffentlichen Leben mit Respekt behandelt. In der Hauptstadt Abu Dhabi dominieren die römisch-katholische, die anglikanische und die koptische Kirche. Die presbyterianische Kirche aus den USA war schon lange vor den Ölfunden mit Programmen zur medizinischen Versorgung und Bildung im Lande präsent. Den Gemeinden ist ein eigener Kommunions- oder Konfirmationsunterricht gestattet. An den deutschen Schulen

im Land wird auch christlicher Religionsunterricht erteilt. Seit 2007 unterhalten die Vereinigten Arabischen Emirate diplomatische Beziehungen zum Vatikan. Im Jahr 2010 wurde eine Frau dort zur Botschafterin ernannt.

In Katar unterstehen Muslime und Nicht-Muslime einem Rechtssystem, das säkulare und islamische Rechtsprinzipien miteinander verbindet. Eine christliche Glaubensgemeinschaft in Katar muss für die Registrierung mindestens 1.500 Mitglieder vorweisen können. Kirchliche Vertreter berichten, dass gegenwärtig ein Registrierungsprozess immer schwerfälliger wird. Auch in Katar existiert ein intensiver interreligiöser Dialog, der von der Herrscherfamilie gefördert wird.

In Bahrain und Kuwait ist der Registrierungsprozess für nicht-muslimische Gemeinden sehr aufwendig. Registrierten Gemeinden in Kuwait ist dafür das Läuten der Kirchenglocken gestattet. Auch dürfen religiöse Literatur und Symbole eingeführt werden. Die Gottesdienste nicht registrierter Gemeinden in privaten Räumen werden geduldet, wenn sie auch offiziell nicht gestattet sind. In Bahrain und Kuwait ist der Islamunterricht fester Bestandteil der Curricula in öffentlichen und privaten Schulen, in Kuwait ist allerdings für Nicht-Muslime die Teilnahme nicht verpflichtend. Beide Länder unterhalten diplomatische Beziehungen zum Vatikan. Der kuwaitische Emir besuchte im Jahr 2010 Papst Benedikt XVI.

Bahrain und Kuwait unterhalten diplomatische Beziehungen zum Vatikan. Der kuwaitische Emir besuchte 2010 Papst Benedikt XVI.

DER INTERRELIGIÖSE DIALOG STÄRKT CHRISTEN IN IHRER MINDERHEITENPOSITION

Im Auftrag der Regierung Bahrains wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Konferenzen zum interkulturellen Dialog durchgeführt, zu denen jeweils Wissenschaftler und Theologen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen eingeladen wurden. In Bahrain, wie auch in Kuwait, gibt es keine Gesetze, die eine Strafe bei Konversion oder Apostasie vorsehen. Dem Konvertiten drohen aber eine Reihe sozialer und beruflicher Diskriminierungen. Hier, wie in geringerer Intensität auch in Kuwait, prägen jedoch vor allem Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten die Debatte um religiöse Minderheiten.

Kuwait hat ein Quotensystem für ausländische Kleriker eingeführt, die christliche Gemeinschaften nach Kuwait einladen dürfen. Die Zahl der erlaubten Besuche wird von den sieben registrierten Kirchen als unzureichend angesehen. Sie erachten auch die ihnen für Gottesdienste zur Verfügung gestellten Unterkünfte als unangemessen. Bei den Versuchen, Baugenehmigungen für neue Gebäude zu beantragen, berichten alle Verantwortlichen von massiven Problemen. Derzeit wird über ein neues Kirchengebäude in Kuwait heftig innenpolitisch diskutiert.

Die Interpretation des Islam in Saudi-Arabien sieht keine Anerkennung einer anderen Religion vor. Die öffentliche Ausübung einer nicht islamischen Religion ist deshalb in Saudi-Arabien verboten. Ordinierte Geistliche christlicher Kirchen dürfen nicht nach Saudi-Arabien einreisen, um dort mit Gläubigen ihrer Kirche, zumeist philippinische Gastarbeiter, Gottesdienste zu feiern.

Artikel 2 der im Jahr 2005 verabschiedeten Verfassung des Irak besagt, dass jeder Iraker das Recht auf freie Ausübung seiner Religion besitzt. Der Islam ist dennoch Staatsreligion und die wichtigste Quelle der Gesetzgebung. Vielfach wird gefordert, dass die Gültigkeit des Scharia-Vorbehaltes in der Verfassung auf den muslimischen Bevölkerungsteil beschränkt werden soll. Ein öffentliches christliches Leben ist derzeit im Irak nicht möglich, wenn auch fünf von 235 Sitzen im irakischen Parlament von Christen errungen wurden.

Ein öffentliches christliches Leben ist derzeit im Irak nicht möglich, wenn auch fünf von 235 Sitzen im irakischen Parlament von Christen errungen wurden.

In Jordanien ist der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung. Zwar garantiert die Verfassung allen Staatsbürgern Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit. Einige Gesetze bevorteilen aber Muslime gegenüber Christen. Insbesondere bei der Eheschließung zwischen einem Muslim und einer Christin muss diese alle ihre Rechte auf die religiöse Erziehung der Kinder abgeben. Im Falle des Todes des Ehemanns geht das Recht auf die Erziehung der gemeinsamen Kinder an die Familie des Verstorbenen.

Dennoch ist das Zusammenleben der Religionen in Jordanien eher durch Toleranz und gegenseitiges Verständnis

geprägt. Der interreligiöse Dialog wird durch das Königshaus tatkräftig gefördert. So ist auf Veranlassung von Prinz Hassan bin Talal das „Royal Institute for Inter-faith Studies“ gegründet worden. Schon in seiner „Amman Botschaft“ im November 2004 warb König Abdallah II für Toleranz und den interreligiösen Dialog. Im Zuge seiner Reise nach Jordanien im Mai 2009 hat Papst Benedikt XVI. das Land ein „Modell der christlich-muslimischen Koexistenz“ genannt. Für die christlichen Kirchen gibt es eigene religiöse Gerichte, die sich mit den Fragen des Personenstandsrechts befassen. Im jordanischen Parlament sind zehn Prozent der Mandate für Christen vorbehalten. Im gegenwärtigen Parlament sind neun christliche Abgeordnete vertreten.

In Syrien sind 75 Prozent der Bevölkerung sunnitische oder schiitische Muslime. Dennoch ist der Islam nicht Staatsreligion. Syrien versteht sich als sozialistische, säkulare arabische Republik. Der Gründer der arabisch-nationalistischen Staatspartei Baath, Michel Aflaq, war Christ.

Nach der syrischen Verfassung ist der Islam Hauptquelle der Gesetzgebung. Das Familienrecht ist aber den Religionsgemeinschaften selber übertragen.

Die rechtliche Situation der Christen ist denen der Muslime gleichgestellt, die Religionszugehörigkeit nicht in den Pässen vermerkt.

Nach der syrischen Verfassung ist der Islam Hauptquelle der Gesetzgebung. Das Familienrecht ist aber den Religionsgemeinschaften selber übertragen.

Da es in Syrien keine Zivilehe gibt, sind gemischtreligiöse Eheschließungen – die auch von vielen christlichen Gemeinden abgelehnt werden – nur auf der Grundlage der Konversion eines Ehepartners möglich. Der Übertritt vom Islam zum Christentum ist genauso wie die christliche Mission unter Muslimen verboten und sozial nicht akzeptiert.

Die Religionsausübung ist in Syrien frei, solange sie nicht als politische Kraft in Opposition zum autokratischen Regime steht. Viele Christen sehen den (säkularen) Staat eher als Garanten ihrer Sicherheit, weshalb auch einige Christen in den staatlichen Strukturen des gegenwärtigen Regimes engagiert sind. Das einigende Band der syrischen Gesellschaft ist der Nationalismus, politische Konflikte sind selten religiös motiviert. Glaubensgemeinschaften genießen weitgehende Autonomie, vor allem im Familienrecht. Kirchen

und religiöse Einrichtungen dürfen problemlos gebaut werden, christliche Feiertage werden teilweise offiziell anerkannt. Es kommen sogar gegenseitige Besuche der Religionsoberhäupter an hohen Feiertagen vor.

Syrien ist allerdings ein autokratischer Staat, es gibt daher auch starke Repressionen, die aber nicht entlang religiöser Konfliktlinien verlaufen. Christen sind nicht mehr und nicht weniger als Muslime Opfer von staatlichen Einschränkungen und Verfolgung. Der radikale Islam verfügt in Syrien nur über wenige Anhänger. Dies mag auch eine Folge des durch staatliche Sicherheitskräfte und das Militär blutig niedergeschlagenen Aufstandes der Muslimbrüder in der Stadt Hama im Jahr 1982 sein. Es soll damals mindestens 20.000 Tote gegeben haben – und anschließend weitere Verfolgungen durch die Geheimdienste.¹³

Mit einem „Nationalpakt“ wurde 1943 die Unabhängigkeit des Libanon beschlossen. Die libanesische Verfassung definiert den Staat als säkular und pluralistisch. Sämtliche Religionen genießen die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Auch in dem Abkommen von Ta'if, mit dem 1990 der libanesische Bürgerkrieg endete, wurde die religiöse Parität bestätigt. Neben den Parlamentssitzen, die Abgeordneten sunnitischen und schiitischen Glaubens vorbehalten sind, müssen 50 Prozent der Parlamentarier Christen sein. Die wichtigsten Staatsämter werden außerdem gewohnheitsrechtlich nach einem festgelegten Schlüssel nach Religionszugehörigkeit verteilt. Dabei muss der Staatspräsident maronitischer Christ, der Ministerpräsident sunnitischer Muslim und der Parlamentspräsident schiitischer Muslim sein.

Die wichtigsten Staatsämter werden im Libanon nach einem festgelegten Schlüssel nach Religionszugehörigkeit verteilt. Dabei muss der Staatspräsident maronitischer Christ sein.

Es gibt keine Erwähnung der Religionszugehörigkeit im libanesischen Pass, seit Februar 2009 ist es erlaubt, die Religionszugehörigkeit aus Zivilregistrierungspapieren zu entfernen. Christliche wie muslimische Feiertage sind nationale Feiertage. Das Privatrecht ist – ähnlich wie in Syrien – Sache der religiösen Gemeinschaften. Es gibt daher keine Zivilgerichte, weswegen interkonfessionelle Ehen erschwert bis unmöglich sind. Die politischen Konflikte, die das Land bis heute schwer belasten, sind nur

teilweise konfessionell geprägt. So hat die schiitische Hisbollah viele christliche und sunnitische Anhänger, die Bewegung des 14. März, die als pro-westlich charakterisiert wird, vereinigt wiederum Christen und Sunniten und der Partei des Drusen Walid Dschumblatts folgen auch Christen wie Muslime.

DIE KOPTISCH-ORTHODOXE KIRCHE IN ÄGYPTEN

Auch in Ägypten ist der Islam offizielle Staatsreligion und Grundlage der Gesetzgebung. Im Kontext der aktuellen Veränderungen und der Diskussion um die Verfassungsreform wird der Diskurs über die islamische Identität des Staates vielfältig und kontrovers geführt. Daneben werden in der bisherigen Verfassung die Freiheit des Glaubens und die Freiheit zu einer eigenen religiösen Praxis garantiert. Dessen ungeachtet sehen sich nicht anerkannte Religionsgemeinschaften, wie z.B. die Bahais, immer wieder staatlichen Repressalien ausgesetzt. Auch Kopten beklagen immer wieder eine Vielzahl von alltäglichen Diskriminierungen und Benachteiligungen.

Weitere Rechte der Christen sind in der ägyptischen Verfassung nicht verankert. Seit Jahren wird ein einheitliches Gesetz zur Errichtung von Gotteshäusern diskutiert. Der Bau von Kirchen unterliegt aber nach wie vor einer Reihe von zum Teil erheblichen Einschränkungen. Kirchliches Recht wird staatlicherseits anerkannt, der ägyptische Staat wendet christlich-orthodoxes Familienrecht an. Gehören die Eheleute zwei unterschiedlichen Konfessionen an, wird in familienrechtlichen Fragen nach der Scharia geurteilt. Der Übertritt vom Islam zum Christentum ist offiziell nicht möglich. Konvertiten sehen sich behördlichen Schikanen und zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt.

Die koptische Kirche exkommuniziert weibliche Mitglieder, die einen muslimischen Mann heiraten, und verlangt, dass Muslime konvertieren, wenn sie ein Mitglied der Kirche heiraten.

Auch die koptische Kirche setzt der Entscheidungsfreiheit ihrer Mitglieder enge Grenzen. Die koptische Kirche exkommuniziert weibliche Mitglieder, die einen muslimischen Mann heiraten, und verlangt, dass Muslime zum koptisch-orthodoxen Glauben konvertieren, wenn sie ein Mitglied der Kirche heiraten.

Religiöse Parteien sind bisher in Ägypten verboten. Es gibt daher keine den Christen nahestehende politische Kraft. Auch gibt es keine offizielle Repräsentanz für Christen im Parlament. Im ägyptischen Alltag dagegen spielen die islamische und die christliche Religion eine herausragende Rolle. Die Religionszugehörigkeit strukturiert weitgehend das familiäre und oft auch das private Umfeld. Der sunnitische Islam, das Christentum (mit seinen zahlreichen Denominationen) und das Judentum (in der orthodoxen und liberalen Ausprägung) sind staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften. Die Religionszugehörigkeit jedes Ägypters wird in Ausweisdokumenten vermerkt. Von staatlicher Seite existieren zwar einige juristische und politische Beschränkungen, offiziell werden Christen jedoch als Bestandteil der ägyptischen Gesellschaft angesehen. Christliches Leben und christliche Kultur werden in gewissem Umfang staatlicherseits gefördert.

In Ägypten spielen die islamische und die christliche Religion eine herausragende Rolle. Die Religionszugehörigkeit strukturiert weitgehend das familiäre Umfeld.

In Ägypten gibt es keinen organisatorischen Zusammenschluss der christlichen Kirchen, etwa in Form eines ökumenischen Kirchenrates. Die koptisch-orthodoxe Kirche betrachtet andere Denominationen mit Misstrauen und lehnt eine weitergehende Zusammenarbeit ab. Skepsis wird insbesondere den protestantischen Kirchen entgegengebracht, da der Übertritt zum Protestantismus eine – von der orthodoxen Kirche strikt abgelehnte – Ehescheidung ermöglicht. Auch sieht die koptisch-orthodoxe Kirche keine Veranlassung für einen interreligiösen Dialog mit dem Islam. Informelle Alltagskontakte sind allerdings an der Tagesordnung. Der Vatikan unterhält seit Jahren einen institutionalisierten Dialog mit der Al-Azhar-Universität. Die Ergebnisse dieses Dialogs sind jedoch bescheiden. Kirchenvertreter beklagen ein fehlendes Verständnis für die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialogs auf muslimischer Seite.

In den Palästinensischen Gebieten ist im Basic Law festgelegt, dass der Islam die offizielle Religion ist. Die Grundrechte der Religions- und Glaubensfreiheit sind verbürgt und werden von den regierenden Institutionen respektiert. Allerdings gibt es einen Eingriff in die Glaubensfreiheit von israelischer Seite. Durch die israelischen Kontrollpunkte,

die temporär geschlossen werden können, ist es palästinensischen Christen nicht immer möglich, ihre religiösen Stätten in Ost-Jerusalem oder Bethlehem zu besuchen. Weitere Beschränkungen gibt es für Christen im Westjordanland nicht. Sie besitzen ihre eigenen, teils

21 Prozent der christlichen Palästinenser sehen ihre Identität im christlichen Glauben. Für die Mehrheit der christlichen Palästinenser steht allerdings die Nationalität im Vordergrund.

weithin sichtbaren Gotteshäuser. Nach einer repräsentativen Studie unter Palästinensern sehen 21 Prozent der christlichen Palästinenser ihre Identität im christlichen Glauben.

Für die Mehrheit der christlichen Palästinenser stehen allerdings die Nationalität (33 Prozent) und die Ethnizität (25 Prozent) im Vordergrund. Die Religion hat Auswirkungen auf das Familienleben, und viele Christen richten sich im Alltag und bei der Arbeit nach kirchlichen Feiertagen. Religionsübergreifende Ehen werden unter der palästinensischen Bevölkerung nicht geduldet. Da die religiösen Institutionen die Monopolstellung bei den Personstandsfragen haben, gibt es auch keine Ausnahmen. Aus den gleichen Gründen ist auch ein Wechsel der Religion nur schwer oder gar nicht möglich.

Eine Reihe von ministeriellen Dekreten betreffen speziell die Christen und garantieren der Minderheit besondere Rechte und den Schutz ihres Glaubens. Dazu gehören z.B. die Erstellung eines Regierungskomitees für Christliche Angelegenheiten (Präsidentielles Dekret von 2007), ein Dekret des Ministerrats, das die Regelung von Wochenenden für christliche Privatschulen klärt, sowie ein Gesetz, das eine Mindestanzahl von sechs christlichen Vertretern im Parlament festlegt. Darüber hinaus ist im palästinensischen Basic Law verankert, dass in zehn Kommunen des Westjordanlandes Christen als Ratsvorsitzende bzw. Bürgermeister fungieren müssen. Dies sichert der christlichen Minderheit einen Einfluss in der Politik, auch wenn die Dominanz von Fatah und Hamas bisher keiner weiteren Gruppierung eine nennenswerte politische Stellung ermöglichte.

Trotz ihres geringen prozentualen Anteils an der Bevölkerung haben Christen einen erheblichen Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Kultur in den Palästinensischen Gebieten. Durch die große Zahl an christlichen Schulen, die einen hervorragenden Ruf genießen, haben Christen einen allgemein höheren Bildungsgrad als andere Teile

der Gesellschaft. Die Arbeitslosenrate ist mit rund zehn Prozent ebenfalls weitaus geringer als der nationale Durchschnitt. Dadurch eröffnen sich für Christen bessere Arbeitschancen, besonders in Sektoren, die eine höhere Ausbildung verlangen.

Im Gazastreifen stellt sich die Situation jedoch anders dar als im Westjordanland. Die dortige, sehr kleine christliche Gemeinde ist vereinzelt Opfer gewaltsamer Übergriffe von radikalen islamischen Gruppen geworden. Diese richten sich jedoch eher gegen deren angebliche „westliche Lebensweise“ als gegen ihre Religion an sich. Die regierende Hamas sieht sich nach eigenem Bekunden als Schutzpatron der Christen in Gaza und bekundet oft ihre Solidarität. Allerdings unternimmt sie meistens wenig gegen gewaltsame Aktionen.

Die regierende Hamas sieht sich nach eigenem Bekunden als Schutzpatron der Christen in Gaza. Allerdings unternimmt sie meist wenig gegen gewaltsame Aktionen.

CHRISTLICHE GEMEINDEN IM HEILIGEN LAND

Der Staat Israel garantiert in seiner Unabhängigkeitserklärung von 1948 die volle Religionsfreiheit. Dementsprechend genießen Christen, wie alle Staatsbürger, das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie auf die freie Ausübung ihrer Religion. Zwar fühlen sich viele Christen innerhalb des arabischen Sektors als Minderheit dem zunehmenden sozioökonomischen und religiösen Druck der muslimischen Mehrheit ausgesetzt. Es gibt aber keine weiteren gesetzlichen Regelungen, die in den Alltag von Christen eingreifen.

Die meisten der christlichen Kirchengemeinschaften sind von Israel „anerkannte Kirchen“ und als solche autark in Personenstandsfragen. Diese Kirchen haben eigene Gerichte, die nach dem jeweiligen kanonischen Recht entscheiden und eigene Richter bestellen. Diese Regelung gilt seit der osmanischen Zeit, in der offiziell die Scharia als Zivilrecht galt, nicht-muslimischen religiösen Minderheiten aber in Personenstandsfragen Autonomie zugestanden wurde. In einigen Bereichen greift die Jurisdiktion israelischer Zivilgerichte, etwa wenn in Vormundschaftsfragen, bei Adoptionen oder im Erbrecht die Parteien nicht vor einem religiösen Gericht erscheinen wollen.

Für die Mehrheit der jüdischen Israelis gilt, dass alle Personenstandsfragen ausschließlich in der Hand des Oberbischöflichen Liegenschafts liegen, das Ehen nur innerhalb der jüdischen Religionsgemeinschaft zulässt. Daher können religionsübergreifende wie auch säkulare Ehen nur im Ausland geschlossen werden. Die Möglichkeit einer

Der interreligiöse Dialog hat in den letzten Jahren in Israel an Bedeutung gewonnen. Das gilt in besonderer Weise für den christlich-jüdischen Dialog.

Zivilehe ist als Gesetzesinitiative in die Knesset eingebracht, bisher vom Parlament aber nicht verabschiedet worden.

Der interreligiöse Dialog hat in den letzten Jahren in Israel an Bedeutung gewonnen. Das gilt in besonderer Weise für den christlich-jüdischen Dialog. Es gibt drei Faktoren, die zu einem verbesserten Verhältnis zwischen Juden und Christen in Israel beigetragen haben: Zum einen haben die Besuche der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. nach der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Israel und dem Vatikan 1993 zu einer positiven Wahrnehmung der katholischen Kirche und zu einer intensiven Zusammenarbeit geführt. Darüber hinaus haben auch die in die jüdische Mehrheitsgesellschaft gut integrierten Christen zu einem neuen Verständnis des Christentums unter den Juden beigetragen. Als dritter Faktor sind die vielen israelischen Organisationen zu nennen, die sich sowohl für den jüdisch-arabischen als auch für den interreligiösen Dialog einsetzen und bei denen sich nicht selten eine überproportionale Anzahl von Christen engagiert. Christen kommt in den vielfältigen Gesellschaften des Nahen Ostens eine wichtige Brückenfunktion zu. „Arabische Christen sind mit der arabischen Kultur verbunden und kennen den Islam, ihre religiösen Wurzeln verbinden sie aber mit dem Judentum. Durch die Erfahrung in beiden Kulturen zu leben, können sie zu einer zentralen Brücke zwischen Juden und Muslimen in Israel werden.“¹⁴

DAS VERBOT DER MISSIONIERUNG IN DEN ISLAMISCH GEPRÄGTEN LÄNDERN

Die Vorstellungen von Toleranz und Religionsfreiheit unterliegen sehr stark religiösen und gesellschaftlichen Normen, die im Einzelfall von den westeuropäischen Definitionen der Religionsfreiheit abweichen. Dieses schwierige Spannungsfeld lässt sich exemplarisch an der Praxis im Jemen

14 | Hänsel, „Christen in Israel“, Fn. 9, 54.

beschreiben. Wie erwähnt versteht sich der Jemen als islamisches Land, das die Religionsfreiheit anerkennt. Ausländer können ihre Religion auch jenseits einer offiziellen Registrierung unbehelligt ausüben. Auf den Übertritt eines jemenitischen Staatsbürgers zum Christentum steht aber die Todesstrafe.

Generell verbietet der Islam den Übertritt zu einer anderen Religion als eine Abkehr von der Glaubensgemeinschaft und damit faktisch auch der Stammesgemeinschaft. Dahinter steht das Verständnis, dass derjenige, der sich zum Islam (als der wahren Religion) bekannte, durch seinen Übertritt zu einer anderen Religion eine Abkehr von Gott und dem wahren Glauben vollzieht. Der Apostat leugnet Gott und gibt dem Unglauben in sich Raum.¹⁵

In der islamischen Rechtstradition hat sich daraus das Verständnis entwickelt, dass Apostaten auch im Diesseits mit dem Tode bestraft werden müssen. In den vergangenen Jahrzehnten hat unter islamischen Theologen und Rechtsgelehrten eine Diskussion darüber stattgefunden, ob der Koran tatsächlich eine Strafe im Diesseits vorschreibt, oder ob es nicht eher dem Handeln Gottes im Jenseits obliegt, die Strafe an den Apostaten zu vollziehen.

Weitgehende Einigkeit besteht unter arabisch-islamischen Gelehrten heute darin, dass der im privaten vollzogene Glaubenswechsel anders zu beurteilen ist als das öffentliche Bekenntnis zur Konversion, das als Leugnung Gottes und Schmähung des Islam verstanden wird. Der Groß-Scheich der Al-Azhar-Universität, Muhammad Sayyid Tantawi, sagte dazu: „Nicht jeder, der vom Islam abfällt, muss nach islamischem Recht getötet werden. Er muss erst dann mit dem Tode bestraft werden, wenn er dem Islam Schaden zufügt. Aber wenn du ein Muslim bist und ein Christ wirst, dann gehe in Frieden – Hauptsache, du bist übergetreten. Du bist frei, zum Christentum oder zum Judentum überzugehen. Aber du sollst dann hinterher nicht daherkommen und sagen, Mohammed, unser Prophet, sei ein Lügner! Dann müssen wir dich töten, weil du Lügen verbreitest.“¹⁶

„Nicht jeder, der vom Islam abfällt, muss nach islamischem Recht getötet werden. Er muss erst dann mit dem Tode bestraft werden, wenn er dem Islam Schaden zufügt.“ (Muhammad Sayyid Tantawi)

15 | Vgl. dazu Sure 16, Vers 106 und Sure 3, Verse 86-91.

16 | „Der Islam“, Folge 5: „Kopftuch – Glaube – Politik“, Film von Ulrich Baringhorst und Andreas Achenbach, WDR 1996.

Für die gegenwärtige Praxis im Jemen ist festzuhalten, dass es keine spezifischen Strafanzeigen gegen zum Christentum konvertierte Muslime gibt. Allerdings wurden im Juni 2008 ein Konvertit und seine Partner in Hodeida wegen „Werbung für das Christentum und der Weitergabe der Bibel“ verhaftet. Im Juni 2009 wurden in Saada neun Ausländer verschleppt, darunter eine fünfköpfige deutsche evangelikale Familie. Auch wenn es keine offizielle Stellungnahme seitens der Geiselnnehmer gibt, wird vermutet, dass sie aufgrund von missionarischer Tätigkeit ins Visier der Islamisten geraten sind.

Eine Religionsfreiheit, auch mit Einschränkungen, wird in Saudi-Arabien ausdrücklich abgelehnt. Der saudische König versteht sich als Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina.

In Saudi-Arabien gibt es nach Gesetzeslage und in der gesellschaftlichen Praxis keinerlei Anerkennung und Duldung einer anderen Religion als des Islam. Eine Religionsfreiheit, auch mit Einschränkungen, wird ausdrücklich abgelehnt. Der saudische König versteht sich als Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina. Das Betreten dieser Orte ist für Nicht-Muslime verboten. Entsprechend gilt im ganzen Land das Verbot, eine nicht islamische Religion auszuüben. Es gibt auch keine offiziell anerkannten Kirchen oder Gemeindezentren. Gottesdienstliche Feiern selbst im privaten Rahmen sind verboten. Die Sitten- und Religionspolizei hat in den vergangenen Jahren immer wieder Razzien durchgeführt, bei denen Vorbeter, inoffiziell agierende Priester und Gottesdienstteilnehmer verhaftet wurden.

Das Verbot für ordinierte Geistliche, als offizielle Vertreter ihrer Kirche nach Saudi-Arabien einzureisen, trifft besonders römisch-katholische und orthodoxe Christen, in deren spiritueller Praxis die Spendung der Sakramente im Rahmen eines Gottesdienstes eine besondere Bedeutung einnimmt. Durch die Gesetzgebung wird jede Form der Ausübung einer nicht-muslimischen Religion in den Untergrund gedrängt und kriminalisiert. Im März 2010 wurde ein indischer christlicher Gottesdienst durch eine Razzia aufgelöst. Der Geistliche und mehrere Gläubige wurden verhaftet und einige Tage eingesperrt, Bibeln und Devotionalien wurden konfisziert. Es gibt weitere Berichte über Verhaftungen von Mitgliedern religiöser Minderheiten. Auch der als Sensation gewertete Besuch von König Abdullah bei Papst Benedikt XVI. im November 2007 hat

an der grundsätzlich als problematisch geltenden Haltung des saudischen Königshauses zur Religionsfreiheit¹⁷ nichts verändert.

GESELLSCHAFTLICHE ERSCHÜTTERUNGEN UND DIE ZUNAHME RELIGIÖSER KONFLIKTE

Im Irak wurden seit Ausbruch des Krieges 2003 viele Christen Opfer von Gewalttaten und Anschlägen, die sich explizit gegen ihre Glaubensgemeinschaft richteten. Mit der Zunahme der konfessionell bedingten Gewalttaten zwischen 2006 und 2007 wurden viele Christen dazu genötigt, in Isolation zu leben oder ihren Glauben geheim zu halten. Einige Christen, die für die US-Armee gearbeitet hatten, wurden von anderen Irakern als Verräter bezeichnet und zur Zielscheibe terroristischer Anschläge.

Durch das Aufkommen radikalerer Formen des Islam, die zunehmend Einfluss auf das öffentliche Leben gewonnen haben, mussten viele Christen Schutzgeld zahlen. Frauen wurden teilweise gezwungen, ein Kopftuch anzulegen, und es kam zu Übergriffen auf christliche Alkoholverkäufer. Ein weiteres Problem stellt die Christenhetze in Moscheen dar. Aus Sicht der christlichen Kirchen ist es jedoch schwierig, die öffentlichen Hetzpredigten gegen Christen zu unterbinden, da sich viele muslimische geistliche Oberhäupter kaum gegen die Moscheeprediger und ihre Ansichten durchsetzen können.

Ein Vorfall, der die christliche Gemeinschaft besonders stark erschütterte, war die Entführung und Ermordung des chaldäischen Erzbischofs Paulos Faraj Rahho im Nordirak 2008.

Ein Vorfall, der die christliche Gemeinschaft besonders stark erschütterte, war die Entführung und Ermordung des chaldäischen Erzbischofs Paulos Faraj Rahho im Nordirak 2008. Im Oktober desselben Jahres gab es eine Reihe von Angriffen auf Christen in Mosul, die den Exodus von 12.000 Christen auslösten. 2009 wurden eine Reihe christlicher Kirchen angegriffen, besonders in Bagdad und Mosul. An Weihnachten 2009 kam es des Weiteren zu kämpferischen Auseinandersetzungen vor einer Kirche in Bartala (Mosul), in denen sich Christen und schiitische Shabak bekämpften.

17 | So betonte z.B. Bischof Paul Hinder, Apostolischer Vikar von Arabien, angesichts des Besuches von König Abdullah im Vatikan, dass die Religionsfreiheit in Saudi-Arabien weiterhin ein Problem darstelle.

Die Situation in Ägypten ist zwar weniger besorgniserregend als im Irak. Aus Sicht der Religionsfreiheit und der Menschenrechte ist sie aber dennoch inakzeptabel.

Im März 2010 sind weitere zehn Christen in Mosul umgebracht worden, woraufhin weitere 4.300 Christen größtenteils in die Niniweh-Ebene flohen. Bei einem weiteren Anschlag auf die Mariae-Erlöserin-Kirche am 31. Oktober 2010, zu dem sich die Terrororganisation Islamischer Staat Irak bekannte, starben ca. 60 Menschen.

Die Situation in Ägypten ist zwar weniger besorgniserregend als im Irak. Aus Sicht der Religionsfreiheit und der Menschenrechte ist sie aber dennoch inakzeptabel.¹⁸ „Der politischen und religiösen Abgrenzung folgte die gesellschaftliche – und zwar auf beiden Seiten. Während auch unter Präsident Mubarak die Parole von der Gleichheit aller Ägypter hochgehalten und die Existenz einer religiösen Minderheit im Land verneint wurde, zogen sich Muslime und Christen in parallele Gesellschaften zurück. Gleichzeitig veränderten sich Hintergrund und Begleitumstände von gewaltsamen Übergriffen. Wurden diese früher von militanten Extremisten mit einer klaren politischen Agenda an exponierten Orten (Kirchen, Klöstern) verübt, kommen sie nun zunehmend aus der Mitte der muslimischen (und christlichen) Bevölkerung und entwickeln sich oft anlässlich nichtiger Streitigkeiten.“¹⁹

Im vergangenen Jahr gab es mehrere aufsehenerregende Gewaltakte gegen Christen: Im Januar 2010 geschah ein „Drive-by-Shooting“ auf Christen vor einer Kirche in Süd-Ägypten mit sieben Toten. Im März griffen dann ca. 3.000 Muslime eine koptische Gemeinde im Nordwesten Ägyptens an. Im November 2010 kam es wieder im Süden des Landes zu mehrtägigen Unruhen, bei denen muslimische Gruppen koptische Stadtviertel zerstörten. Dabei kamen zwölf Menschen ums Leben. Am 1. Januar 2011 geschah das verheerende Selbstmordattentat auf eine koptische Kirche in Alexandria mit 23 Toten.

Die Aufzählung dieser Gewaltausbrüche beschreibt eine hoch angespannte gesellschaftliche Situation, erklärt aber nicht hinreichend die Hintergründe der Gewalt. Cornelius Hulsman, Leiter des Center for Arab-West Understanding, betont, dass Anschläge auf Kirchgänger in Ägypten

18 | Vgl. Jacobs, „Unter muslimischer Führung“, Fn. 8, 35.

19 | Ebd., 23 f.

ein relativ junges Phänomen sind. Bei der Mehrzahl der früheren Anschläge waren nicht die Gläubigen, sondern die Kirchen das Ziel. Die Anschläge erfolgten nicht während oder im Anschluss an die Gottesdienste. Die Erklärung der Regierung Mubarak nach dem Selbstmordattentat in Alexandria, für den Anschlag seien ausländische Extremisten des Terrornetzwerkes Al-Qaida verantwortlich, verfängt nur zum Teil. Al-Qaida und andere extremistische Gruppen finden nur dort Unterstützung, wo infolge großer sozialer Ungerechtigkeit eine starke Unzufriedenheit unter der Bevölkerung herrscht. Nur dort lassen sich Menschen für die Ideen der Extremisten begeistern und Einzelne auch anwerben, für die Sache von Al-Qaida zu sterben, deren Ziel es ist, Regierungen in den von ihnen attackierten Ländern zu schwächen. Noch vor den Demonstrationen, die zum Sturz des Präsidenten Mubarak führten, analysierte Hulsman: „Die ägyptische Regierung genießt bei den Ägyptern der Mittel- und Unterschicht bereits geringen Rückhalt. Durch den Anschlag und die anschließenden Zusammenstöße zwischen Muslimen und Christen dürfte dieser noch schwächer werden.“²⁰

Die Erklärung der Regierung Mubarak nach dem Selbstmordattentat in Alexandria, für den Anschlag seien ausländische Extremisten des Terrornetzwerkes Al-Qaida verantwortlich, verfängt nur zum Teil.

Cornelius Hulsman beschreibt in seinem Bericht, dass sowohl muslimische als auch christliche Jugendliche starke Ressentiments gegen die Regierung Mubarak hegten. „Wir werden wie Dreck behandelt“, erklärt ein muslimischer Friseur, der in einem Slum in Kairo lebt, in dem die Häuser so nah beieinander stehen, dass die Sonnenstrahlen kaum einmal bis zur Erde dringen. Junge Muslime und Christen beklagen sich übereinstimmend über den Mangel an Arbeitsplätzen und die schlechte Bezahlung der wenigen angebotenen Stellen. In einem Umfeld, das jungen Menschen so wenige Chancen bietet, ist es kein Wunder, dass es einige von ihnen zu extremistischen Gruppen zieht.“²¹

Konfessionelle Spannungen in Ägypten entzündeten sich vorwiegend am Bau von Kirchen und Glaubensübertritten. Trotz der bürokratischen Hürden bei der Planung und

20 | Cornelius Hulsman, „Die Hintergründe des brutalen Anschlags auf eine koptische Kirche in Alexandria am 1. Januar 2011“, in: *Menschenrechte* 41, Missio International (Hrsg.), Aachen 2011, 7.

21 | Ebd., 7 f.

Genehmigung neuer Kirchengebäude sind doch in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Kirchengebäuden neu errichtet worden. Wegen der fehlenden Gesetzesgrundlage fehlt es aber an der nötigen Transparenz, die Entscheidungen auch für Außenstehende nachvollziehbar werden lässt.

Ähnliches gilt auch für die Verfahren bei Glaubensübertritten. „Es wird geschätzt, dass jedes Jahr tausende von Christen zum Islam konvertieren. Umgekehrt dürften es weniger als hundert Fälle sein. Es gibt keine amtlichen Unterlagen zu diesen Glaubenswechseln. Daher sind die angegebenen Zahlen immer nur Schätzwerte. Es gibt dazu Akten des ägyptischen Staatssicherheitsdienstes, die mit Sicherheit nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollen.“²²

Grundsätzlich ist die koptische Kirche der Meinung, dass kein gläubiger Christ seinen Glauben ablegen kann und ein Glaubenswechsel daher nicht freiwillig erfolgt sein kann.

Die koptische Kirche stemmt sich gegen Übertritte ihrer Gemeindemitglieder zum Islam. Grundsätzlich ist sie der Meinung, dass kein gläubiger Christ seinen Glauben ablegen

kann und ein Glaubenswechsel daher nicht freiwillig erfolgt sein kann. Dazu kommt, dass in einem religiösen Land wie Ägypten der Glaubenswechsel als Schande für die Familienehre betrachtet wird. Ebenso ist bei christlichen wie muslimischen Familien die Auffassung verbreitet, „dass dieser Schandfleck unbedingt zu tilgen ist – notfalls auch durch einen Ehrenmord. Diese gab es bei Muslimen und Christen gleichermaßen, wenngleich die Zahl der Ehrenmorde nicht sehr hoch ist.“²³ Verbreiteter ist die Praxis der sozialen Ächtung, dass nämlich die Familie alle Brücken zum Konvertiten abbricht und behauptet, die jeweils andere Religion habe ihn oder sie zur Konvertierung gezwungen. Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die koptische Kirche in Alexandria am 1. Januar 2011 wurden von muslimischer Seite auch die Namen zweier Frauen genannt, die erklärt hatten, dass sie zum Islam übertreten wollten. Es wird behauptet, beide Frauen würden von der koptischen Kirche an diesem Schritt gehindert. Wafa' Costantine und Kamiliya Shihatah, die beide mit koptischen Priestern verheiratet sind, wollten durch ihre Konversion zum Islam die Scheidung von ihren Ehemännern erzwingen. Es sprechen offensichtlich einige Anzeichen dafür, dass von der

22 | Ebd., 24 f.

23 | Ebd., 30.

koptischen Kirche, die sowohl die Ehescheidung wie auch den Übertritt zum Islam strikt ablehnt, auf beide Frauen erheblicher Druck ausgeübt wird.²⁴

Es gibt bis Mitte April 2011 wenig verlässliche Aussagen darüber, welche Auswirkungen der Sturz des Regimes von Präsident Mubarak auf das Zusammenleben zwischen Muslimen und Christen in Ägypten haben wird. Vielleicht kann es aber als ein ermutigendes Zeichen angesehen werden, dass in den unruhigen Tagen nach dem 25. Januar, als sich die Polizei komplett aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte und bewaffnete Schlägertrupps und Plünderer durch die Städte zogen, keine Kirche angegriffen wurde oder Christen zu Schaden kamen.

Vielleicht kann es als ein ermutigendes Zeichen angesehen werden, dass in den unruhigen Tagen nach dem 25. Januar in Ägypten keine Kirche angegriffen wurde oder Christen zu Schaden kamen.

ZUSAMMENFASSUNG

In allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens befinden sich die Christen in einer Minderheitensituation. Dennoch ist ihre Lage je nach Land sehr unterschiedlich. Sie reicht von gegenseitiger Toleranz und einer friedlichen Koexistenz bis hin zu der Erfahrung von gezielter Gewalt gegen Christen und kirchliche Einrichtungen.

Fast alle Länder nennen die Religionsfreiheit in ihren Verfassungen. Ihre Gewährung im Alltagsleben geschieht nach traditionellen islamischen Regeln. Ein dezent praktizierter Glaube wird meist toleriert. Beim Kirchenbau etwa oder bei der Beschäftigung aus dem Ausland stammender Geistlicher variiert das Maß der Einschränkungen in die Souveränität der Glaubensgemeinschaften. Das Maß der Freizügigkeit oder der Einschränkung ist nicht nur von kulturellen und historischen Gegebenheiten in diesen Ländern abhängig, sondern auch davon, wie ernsthaft ein interreligiöser Dialog von allen Seiten verfolgt wird.

Zum westlichen Verständnis von Menschenwürde und Religionsfreiheit zählen ganz selbstverständlich das Recht jedes Menschen, seinen Glauben zu wechseln, oder auch die so genannte negative Religionsfreiheit, keinen Glauben zu haben, und das Recht, über religiöse (und damit oft

24 | Ebd., 8-10 und 30-32.

auch soziale) Grenzen hinweg eine Ehe zu schließen. Dieses Verständnis der Religionsfreiheit wird vielfach nicht nur von der muslimischen Mehrheitsgesellschaft abgelehnt, sondern auch von den christlichen Kirchen in diesen Ländern. Gerade dort, wo die Jurisdiktion in Personenstandsfragen in der Hand der religiösen Gemeinschaften liegt, wird die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen gegenüber religiösen und sozialen Normen zurückgestellt.

Eine gezielte christliche Missionsarbeit wird in den arabisch-muslimischen Ländern als Angriff auf den Staat gewertet. Die traditionell in diesen Ländern verwurzelten Kirchen halten sich mit Mission ausdrücklich zurück und wo sie über die pastorale Arbeit hinausgehen, engagieren sie sich im medizinisch-karitativen und im schulischen Bereich. Christliche Mission kollidiert zudem mit dem im Islam theologisch begründeten Verbot der Apostasie. Gerade die von evangelikalen und pfingstlerischen Gruppen betriebene Missionsarbeit wird auch in den Ländern, die ansonsten von einer guten islamisch-christlichen Koexistenz geprägt sind, als Störfaktor empfunden. Jede Konversion löst in den betreffenden Familien und im sozialen Umfeld eine Erschütterung aus, die in einer politisch ohnehin angespannten Situation leicht zu Gewaltausbrüchen führen kann.

Die kritische Situation der Christen in vielen arabischen Ländern ist auch der zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft in diesen Ländern geschuldet.

Die kritische Situation der Christen in vielen arabischen Ländern ist freilich auch der zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft in diesen Ländern geschuldet. Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Christen und Muslimen entstehen nach Ansicht des katholisch-koptischen Patriarchen von Alexandria, Bischof Antonius Naguib, generell dann, wenn auf muslimischer Seite nicht mehr zwischen Religion und Politik unterschieden wird.²⁵ Naguib äußerte sich im Oktober 2010 im Rahmen der im Vatikan tagenden Sondersynode der Bischöfe für den Nahen Osten.

Auf derselben Synode hielt Rabbiner David Rosen aus Jerusalem ein Referat, in dem er unter anderem ausführte: „The wellbeing of Christian communities in the Middle East is nothing less than a kind of barometer of the moral condition of our countries. The degree to which Christians

25 | Babington, „Arab Christians face political Islam threat-official says“, Fn. 3.

enjoy civil and religious rights and liberties testifies to the health or infirmity of the respective societies in the Middle East."²⁶ Rosen unterstrich, dass ungeachtet der schwierigen Situation gerade Christen in besonderer Weise einen interreligiösen Dialog anstießen, der zu einem besseren Verständnis der Religionen untereinander und auch zu einer gesellschaftlichen Kooperation führen kann. Bei diesen Bemühungen sollten die Christen in der Region nicht allein gelassen werden. Die Zukunft hänge von der Frage ab, ob die Muslime die christliche und jüdische Präsenz als vollständig legitim und als integralen Bestandteil der ganzen Region sehen könnten. Rosen betonte, der Konflikt sei keineswegs neu. „Those who claim that ‚occupation‘ is the ‚root cause‘ of conflict are at best disingenuous. This conflict had been going on for decades long before the Six Day War in 1967 as a result of which the West Bank and Gaza came under Israeli control. ‚Occupation‘ in fact is precisely a consequence of the conflict, the real ‚root issue‘ of which is precisely whether the Arab world can tolerate a non-Arab sovereign polity in its midst.“²⁷

Die Politisierung des Islam mag auch eine Folge des nicht gelösten israelisch-arabischen Konfliktes sein. Die Christen sind in manchen Ländern das Ventil, an dem sich der Druck aus diesem Konflikt entlädt.

Die Politisierung des Islam mag auch eine Folge des nicht gelösten israelisch-arabischen Konfliktes sein. Die Christen sind in manchen Ländern das Ventil, an dem sich der Druck aus diesem Konflikt entlädt. Bischof Paul Hinder, Leiter des Apostolischen Vikariats Arabien in Abu Dhabi, wies mit Recht darauf hin, dass gegenwärtig mehr Muslime Opfer von Terroranschlägen werden als Christen. Zwar sei die Lage der Christen in der Region ein wichtiger Aspekt, die Frage der Sicherheit betreffe aber alle.²⁸

Eine unvoreingenommene Beschreibung der Lebensverhältnisse von Christen in den arabischen Ländern muss eine Reihe von Missständen benennen, von denen besonders Christen betroffen sind. Die Beschreibung beinhaltet jedoch auch die Einsicht, dass die überwiegende Zahl der

26 | „Intervention of the special guest, Rabbi David Rosen, Advisor to the chief Rabbinate of Israel, Director of the ‚Department for interreligious Affairs of the American Jewish Committee and Heilbrunn Institute for international interreligious Understanding“, in: *Synodus Episcoporum – Bulletin*, 08-13.10.2010, 18.

27 | Ebd.

28 | KNA-Pressemitteilung vom 22.02.2011, KNA IIkmlt-BD-1527. 14MI-1.

religiösen Konflikte auf soziale und politische Spannungen zurückzuführen ist, in denen Religion für andere Zwecke instrumentalisiert wird. Christen und ihre Gemeinden in Nahost und Nordafrika sollten von ihren Glaubensgeschwistern in Europa in dieser Situation nicht

Die legitime Unterstützung der bedrängten Gemeinden sollte so ausgelegt sein, dass sie nicht ihrerseits Gefahr läuft, als Missbrauch religiöser Anliegen verstanden zu werden.

allein gelassen werden. Dies ist eine heikle Aufgabe, die viel Fingerspitzengefühl erfordert, werden einzelne christliche Gruppen und ihr Vorgehen von einigen Muslimen in der Region ohnehin als Einfallstor der westlichen Kultur betrachtet. Die legitime Unterstützung der bedrängten Gemeinden sollte so ausgelegt sein, dass sie nicht ihrerseits Gefahr läuft, als Missbrauch religiöser Anliegen verstanden zu werden. Eine ökumenische Delegation, die im Juni 2010 den Nord-Irak besuchte, wurde von ihren irakischen Gesprächspartnern immer wieder um die Solidarität im Glauben gebeten, aus der sie Kraft schöpfen können, um durchzuhalten: „Vergesst nicht für uns zu beten.“²⁹